

Klimanotlage in Berlin

Mehr Geld für Grünflächen und den ÖPNV

Der Klimawandel ist leider keine Zukunftsvision mehr, sondern Realität geworden. Das weltweite Klima hat sich bereits um ein Grad erwärmt, mit spürbaren Auswirkungen für den Menschen und die Natur. Vor allem Hitzewellen stellen eine körperliche Gefahr für Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen dar. Wenn sich Starkregen und lange Dürreperioden abwechseln, ist die öffentliche Infrastruktur für eine Wasser- und Abwasserversorgung zudem regelmäßig Belastungsproben ausgesetzt.

Die Antwort auf die Klimakrise spielt eine entscheidende Rolle im Kampf um soziale Gerechtigkeit, denn die Auswirkungen der Klimakrise treffen vor allem Menschen, die auf die öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Besonders Ältere und Menschen mit geringem Einkommen haben kaum die Möglichkeit, sich auf die Veränderungen vorzubereiten. Daher hat Berlin am 10.12.2019 als erstes Bundesland die Klimanotlage beschlossen. Um die Klimakrise nicht zu verschärfen, wurde das Berliner Klimaschutzziel angepasst: So sollen die CO²-Emissionen bis 2050 um mehr als 85% gesenkt werden. Dazu muss nun künftig für jede Entscheidung des Senats ein neues Prüfkriterium angewendet werden – der sogenannte Klimavorbehalt.

Welche Auswirkungen hat ein Senats-Beschluss für das Klima?

Als DIE LINKE treten wir für eine soziale und gerechte Anpassung an den Klimawandel ein. Eine Verkehrswende kann nur mit dem Ausbau des ÖPNV und einem barrierefreien Zugang zu Mobilität erreicht werden. Im Doppelhaushalt 2020/2021 wurden weitere Mittel dafür bereitgestellt. Klimaanlagen bringen nur vereinzelt eine Verbesserung, verschärfen aber das Problem des städtischen Wärmeinsel-Effekts („Urban Heat Island Effect“) für alle. Kälteinseln, die das gesamte Stadtklima regulieren, können nur durch Bäume und Gebäudebegrünung, Grünflächen und Wasserzugang geschaffen werden. Bislang waren beispielsweise die Mittel für die Pflege von Bäumen, die vom Land Berlin bereitgestellt wurden, nicht ausreichend, und die Bezirke mussten draufzahlen. Nun werden die benötigten 80-85 € für einen Baum pro Jahr bereitgestellt. Mit der Klimanotlage wurde auch eine Änderung des Berliner Energiewendegesetzes (EWG Bln) in Auftrag gegeben. Um nicht mehr von Kohle und den dazugehörigen Konzernen abhängig zu sein, soll möglichst zusammen mit den Stadtwerken Solarstrom gefördert und stark ausgebaut werden, im Neubau, aber auch für den Bestand. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus diskutiert zudem eine Anpassung des Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (EEWärmeG). Vor allem soll die Wärmeversorgung durch ökologische Träger sichergestellt werden, ohne dass der Ausbau eines Kohleofens oder der Öl-Heizung für eine Mieterhöhung genutzt werden kann.

BVV-Splitter

Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Bushaltestelle Kissingenstraße / Neumannstraße

In Erledigung eines BVV-Ersuchens (Kap-Haltestelle) vom 11.09.2019 gab das Bezirksamt Pankow einen Zwischenbericht. Danach fehlen für die Bearbeitung von Maßnahmen aus dem Kommunalinvestitionsprogramm „Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen“ derzeit die personellen Kapazitäten im Straßen- und Grünflächenamt. Auch finanzielle Mittel stehen nur eingeschränkt zur Verfügung. An der Lösung wird weiter gearbeitet und berichtet.

Machbarkeit einer Begegnungszone im Bereich Garbatyplatz prüfen

In einem Antrag an die BVV zur Beratung am 04.12.2019 wird das Bezirksamt Pankow ersucht, „mit einer Machbarkeitsstudie die Einrichtung einer Begegnungszone in der Florastraße/Garbatyplatz zu prüfen und sich zu diesem Zweck wegen Unterstützung an die Senatsverwaltung für Verkehr, Umwelt und Klimaschutz zu wenden. Die Einrichtung einer Begegnungszone soll die Nutzung des Garbatyplatzes für Fußgängerinnen und Fußgänger erleichtern und gleichzeitig den Fahrzeugen des Umweltverbunds (Bus, M 27, Taxis, Fahrräder) die Überquerung ermöglichen“. Der Antrag wurde beschlossen.

Gemeinschaftsschulstandort auf dem Ostgelände des „Pankower Tors“

Mit der Drucksache V II – 0665 „Gemeinschaftsschule am Pankower Tor“ vom 07. Februar 2019 hat die BVV Pankow klargestellt, dass neben dem festgelegten Grundschulstandort auch eine Gemeinschaftsschule einen Standort haben soll. Mit einem Antrag an die BVV am 04.12.2019 wurde gefordert, dass bei der Aufstellung des B-Planes die in der Grundsatzvereinbarung mit „F“ bezeichnete Fläche als Standort für die Gemeinschaftsschule vorgesehen wird. Der Antrag wurde beschlossen.

Studentisches Wohnen in Pankow? Sozial-ökologisch!

Die BVV Pankow hat am 14. August 2019 den Klimanotstand erklärt. In dem Dokument werden u.a. die Nutzung regenerativer Energie und die Förderung energieeffizienter Investitionen gefordert. Insbesondere die kommunalen Unternehmen sollen sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten für den Klimaschutz einsetzen. Das Neu- und Umbauprojekt an der Prenzlauer Promenade 149-152 ist eine der ersten Gelegenheiten, um diese neuen ökologischen Maßstäbe zu verwirklichen. Deshalb wird in einem Antrag an die BVV das Bezirksamt ersucht, sich bei dem Unternehmen Berlinovo für derartige Maßnahmen einzusetzen. Das betreffe z.B. eine Biomasseheizung, eine Solaranlage für Trinkwassererwärmung, Außenwand- und Dachdämmung, Photovoltaik-Anlagen auf den Dachflächen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien überwiesen.